

„Schöner als der Morgenstern“ – Gerechtigkeit im grünen Horizont?

Friedhelm Hengsbach SJ, Nell-Breuning Institut

Aristoteles meinte, dass die Gerechtigkeit schöner als der Morgenstern sei. Denn sie steuere das richtige Verhalten der Menschen zueinander. Sie sei nicht bloß die ranghöchste Tugend, sondern vor allem die Grundnorm einer politischen Ordnung.

Nun behaupten 71 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, dass die soziale Gerechtigkeit während der vergangenen vier Jahre weiter abgenommen habe, und dass die Verteilung der Einkommen und Vermögen ungerecht sei. Zu diesem Ergebnis kam eine Umfrage des Allensbach-Instituts, die Anfang 2010 durchgeführt wurde. Sind die Deutschen „gleichheitskrank“, wie ein Verfassungsrichter vor einigen Jahren meinte, weil sie es als ungerecht empfinden, wenn der Nachbar im Monat 1000 Euro mehr verdient? Spiegeln die Umfrageergebnisse lediglich eine gefühlte Ungleichheit und Ungerechtigkeit? Oder gibt es statistische Belege für ein solches Gefühl?

Tatsächlich hat sich die Schere der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums seit Beginn des Jahrhunderts extrem weit geöffnet. Das oberste Zehntel der nach dem Einkommen geschichteten Haushalte verfügt über zehnmal mehr an Einkommen als das unterste Zehntel. Und dem obersten Zehntel der nach den Vermögensverhältnissen geschichteten Haushalte gehören fast 50 Prozent des gesamten Nettovermögens in Deutschland, während das unterste Viertel kein Eigentum bzw. Schulden hat.

In der politischen Öffentlichkeit erzeugen die Erosion sozialer Gerechtigkeit und die Verfestigung des Armutsrisikos auf einem relativ hohen Niveau, obwohl die wirtschaftliche Entwicklung positiv verläuft, nicht für breite Unruhe und Empörung. Die politisch Verantwortlichen in Deutschland sind damit beschäftigt, die metastasierende Finanzkrise zu bewältigen, die als zu hoch angesehene Staatsverschuldung zu verringern, indem sie Sparpakete, Stabilitätspakte und Schuldenbremsen anordnen, und den Beschluss zum Atomausstieg praktisch durchzusetzen. Ist die Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts inzwischen auf eine politische Nebenarena abgedrängt?

1. Die Umweltfrage scheint die Frage der sozialen Gerechtigkeit zu verdrängen

Ernst Ulrich von Weizsäcker hat bereits vor mehr als zehn Jahren erklärt, dass die Umweltfrage die soziale Frage des 21. Jahrhunderts sei.

(1) Offensichtlich beherrscht die Umweltfrage in zunehmendem Maß die öffentliche Aufmerksamkeit. Die Folgen der Reaktorkatastrophe von Fukushima, der Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie, die lokale Auflehnung gegen das Prestigeprojekt des Stuttgarter

Tiefbahnhofs und der jahrelange Widerstand gegen das atomare Endlager im Wendland, die Ablösung der jahrzehntelangen CDU-Dominanz in Baden-Württemberg durch eine grün-rote Koalition, die rot-grünen Koalitionen in Nordrhein-Westfalen und Bremen sowie die Klimakonferenz in Durban füllen die Titelseiten der Zeitungen und Zeitschriften.

(2) Die Umweltfrage hat eine universale, planetarische Dimension angenommen. Die Erregung über den Smog in den Städten, den sauren Regen und das Waldsterben, über die Luftverschmutzung oder die Verunreinigung der Flüsse, Seen und Strände gehört der Vergangenheit an, scheint zumindest abgeklungen zu sein. Der Klimawandel und die Erderwärmung, die globale Bodenerosion und die Konkurrenz um die Bodennutzung für den Anbau von Nahrungsmitteln oder Pflanzen für die Energiegewinnung sind die bewegenden Themen. Auf den Umweltkonferenzen wird um das politische Ziel gerungen, die Erwärmung der Erde auf zusätzliche 2 Grad bis zum Jahr 2050 zu begrenzen.

(3) Inmitten der Finanzkrise, die zu einer Schuldenkrise peripherer Staaten des Euroraums mutierte, ist die ökologische Debatte von einer wieder auflebenden Kapitalismuskritik eingefärbt. Diese galt in Deutschland, solange die real existierende Wirtschaft mit dem Etikett der sozialen Marktwirtschaft übertüncht werden konnte, als unfein und polemisch. Doch wie bereits Werner Sombart vor mehr als 100 Jahren analysiert hat, wird die konstruktive und zugleich destruktive Dynamik der kapitalistischen Wirtschaft zum einen auf die unbegrenzte Kredit- und Geldschöpfungsmacht des Bankensystems und zum andern auf den bedenkenlosen Griff der Wirtschaft in die „Sparbüchse der Erde“ (wie Sombart es formuliert) zurückgeführt. Während frühere Generationen lediglich das Jahreseinkommen der Sonnenenergie genutzt haben, bemächtigt sich der industrielle Kapitalismus auf Grund seiner naturwissenschaftlichen Kenntnisse und technischen Möglichkeiten der Substanz des in Milliarden von Jahren angereicherten Naturvermögens.

(4) Die wirtschaftspolitischen Reaktionen nationaler Regierungen auf die Finanzkrise, nämlich umfassende Konjunkturprogramme, Abwrackprämien und ein Wachstumsbeschleunigungsgesetz in Deutschland haben die Stimmen einer radikalen Wachstumskritik lauter werden lassen. Obwohl sich eine solche Kritik bisher regelmäßig in Phasen außergewöhnlicher Wachstumschwäche bzw. eines konjunkturellen Abschwungs artikuliert, hat sich ihr jetzt die Forderung nach einem aussagestarken Indikator des Wohlstands bzw. der Lebensqualität angeschlossen, der die Defizite des untauglichen Indikators, den das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf darstellt, beseitigt oder wenigstens ergänzt. Denn mit dieser Messgröße werden die gesellschaftlich nützliche, jedoch unbezahlte Haus- und Erziehungsarbeit, die Gewichtung der Bedürfnisse, die ausgewogene oder extrem ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung sowie die positiven wie negativen Qualitätsänderungen der Güter nicht erfasst. Zudem sind aus ihm wirtschaftliche oder gesellschaftliche Schäden nicht heraus gerechnet, etwa die tatsächliche Wertminderung der natürlichen Umwelt oder arbeitsbedingte Gesundheitsschäden, auch die gesamtwirtschaftlichen Kosten der Arbeitslosigkeit oder der Zeitverlust bzw. die nervliche Belastung, die durch Verkehrsstaus und ein zunehmendes Arbeitstempo verursacht werden. Mit dem „Human Development Index“ der Vereinten Nationen oder dem „Neuen Wohlstandsindex“

der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft werden Alternativen angeboten, die solche Defizite vermeiden.

(5) Von der Wachstumskritik und der Klage über ein unangemessenes Kriterium des Wachstums ist jetzt auch die politische Klasse in Europa berührt. Der französische Präsident Sarkozy erklärt, dass wir nicht bloß mit einer Krise innerhalb der Globalisierung oder einer Krise der Globalisierung konfrontiert seien. Vielmehr sei unsere Vision von der Welt verblichen, so dass wir sie ändern müssten. Und die deutsche Bundeskanzlerin meint, dass wir uns über eine neue Form des Wachstums zu verständigen und dessen Begriff für das 21. Jahrhundert neu zu definieren hätten.

In Großbritannien ist eine Regierungskommission unter dem Vorsitz von Tim Jackson zu der Schlussfolgerung gekommen, dass die ehrgeizigen Klimaziele durch technische Veränderungen allein nicht zu erreichen seien, wie beispielsweise Ulrich von Weizsäcker nachzuweisen versucht, indem die Energieeffizienz auf das Fünffache gesteigert werden könnte. Vielmehr müsse das wirtschaftliche Wachstum der Industrieländer schrumpfen. Auch der französische Staatspräsident hat eine Kommission einberufen, der die Nobelpreisträger für Wirtschaft, Stiglitz, Sen und Fitoussi angehören, damit sie das methodische Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung überprüfen, die Vielfalt der Dimensionen ermitteln, mit deren Hilfe die Lebensqualität gemessen wird – etwa Gesundheit, Bildung, unbezahlte Arbeit, politische Beteiligung, Umwelt und persönliche Sicherheit -, und den Begriff der Nachhaltigkeit präzisieren. Der Deutsche Bundestag hat ebenfalls eine Enquete-Kommission eingerichtet, der Politiker und Politikerinnen sowie Experten angehören und die sich um eine plausible und zustimmungsfähige Definition des Wachstums, des Wohlstands und der Lebensqualität bemühen.

2. Die Umweltfrage bekräftigt den Grundsatz gleicher Gerechtigkeit.

(1) Ohne die gesellschaftliche Kommunikation über das Umweltproblem gebe es überhaupt kein Umweltproblem, hat Niklas Luhmann provozierend aber zutreffend erklärt. In dieser Aussage wird deutlich, dass die Umweltfrage kein Naturereignis, sondern Folge gesellschaftlichen Handelns und Gegenstand menschlicher Reflexion ist. Ähnliches gilt für den normativen Grundsatz der Gerechtigkeit. Moderne Gesellschaften können nicht darauf vertrauen, dass ein außenstehender, wohlwollender Beobachter am Spielrand den Spielern auf dem Feld vorschreibt, wie sie mit ihrer natürlichen Umwelt, deren Bestandteil sie sind, und miteinander umgehen sollen. Außerdem werden normative Überzeugungen nicht axiomatisch formuliert oder deduktiv gewonnen, sondern in einem Quasi-Dialog mit einer Situation gewonnen, die als eine gesellschaftliche Herausforderung gedeutet wird. Solche normativen Überzeugungen über umwelt- und sozialgerechtes Handeln sind jedoch nicht notwendigerweise als bloße Anpassungen an so genannte Tatsachen, sondern auch als Gegenentwürfe zu dem, was ist, zu formulieren. So ist es plausibel, Grundsätze eines ehrgeizigen und radikalen Umweltschutzes bzw. der gleichen Gerechtigkeit in einer Situation zu formulieren und praktisch zu verfolgen, die

von destruktiven Tendenzen der Umweltnutzung und extremer Ungleichheit, Polarisierung und Spaltung gekennzeichnet ist.

(2) Nun wird die Klimaveränderung, die wissenschaftlich als durch menschliche Einwirkung verursacht nachgewiesen ist, als eine planetarische Herausforderung gedeutet. Es gibt nur diesen einen „blauen“ Planeten, welcher allen Menschen verfügbar ist. Die Menschheit belebt und bewohnt das einzige Raumschiff Erde. Niemand kann auf einen anderen Planeten auswandern, niemand kann um seinen Grund und Boden einen Zaun ziehen. Alle Menschen befinden sich in einem Boot. Sie sind planetarisch aneinander gekettet, füreinander verantwortlich und haften kollektiv.

(3) Hans Jonas hat das „Prinzip Verantwortung“ dem „Prinzip Hoffnung“ von Ernst Bloch entgegen gestellt, um die Wirkungen und Nebenfolgen der technischen Zivilisation ins gesellschaftliche Bewusstsein zu rücken. Damit hat er diesem normativen Grundsatz zu einer steilen Karriere verholfen. Sein Grundsatz der Verantwortung ist als ökologischer Imperativ formuliert: „Handle so, dass die Folgen deines Handelns das echte Überleben der Menschheit auf Erden gewährleisten“. Damit ist das Postulat verbunden, dass die gegenwärtigen wirtschaftlichen, politischen und technischen Entscheidungen den Charakter des im Ganzen und auf Dauer Vernünftigen annehmen. Entscheidungen der wirtschaftlichen und politischen Eliten, die in diesem Sinn vernünftig sind, entsprechen dem moralisch Gebotenen, dem „moral point of view“, dem Standpunkt der Allgemeinheit und der Unparteilichkeit.

Der Grundsatz einer planetarischen Verantwortung ist an die ökonomische Theorie der öffentlichen Güter anschlussfähig. Öffentliche Güter unterscheiden sich von privaten Gütern dadurch, dass sie nicht dem Ausschließungs- und Rivalitätsprinzip unterliegen. Sie werden gemeinsam genutzt und durch öffentliche Entscheidung bereit gestellt. In der christlichen Sozialethik wird der Grundsatz vertreten, dass die Güter der Erde allen auf ihr lebenden Menschen gehören, so dass jeder und jede sich ihrer bedienen dürfen, damit sie über das, was zum Leben notwendig ist, verfügen. Die von der F.D.P 1971 formulierten Freiburger Thesen enthielten die Proklamation eines allgemeinen Grundrechts auf eine unversehrte natürliche Umwelt sowie die Forderung, ein solches Grundrecht dem Grundgesetz einzufügen, was inzwischen geschehen ist. Das normative Konzept des ökologischen Fußabdrucks ist von einer solchen Proklamation des Menschenrechts auf eine intakte Umwelt inspiriert. Diejenigen, die sich zu einer planetarischen Solidarität bekennen, aber darum wissen, dass die konkreten Umweltrisiken extrem ungleich verteilt sind, stimmen einem asymmetrischen Ausgleich ökologischer Interessen zu: Die finanziellen Beiträge zum Umweltschutz sind gemäß der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu entrichten, während der Anspruch auf umweltsichernde Transfers gemäß dem Hilfebedarf erfüllt wird. Die im Brundtland-Bericht formulierte „Nachhaltigkeit“ tendiert zu einem relativ egalitären Ausgleich, dass nämlich die Umweltansprüche der lebenden Generation die Bedürfnisbefriedigung der nachwachsenden Generation nicht beeinträchtigen.

(4) Der egalitäre Grundsatz planetarischer Solidarität macht die Definition der Gerechtigkeit im Sinn einer Gleichheitsvermutung plausibel. Zwar haben sich zu Beginn des Jahrhunderts die damaligen Volksparteien in Deutschland darum bemüht, die Bevölkerung davon zu überzeugen, warum die herkömmlichen Gerechtigkeitsvorstellungen etwa der Verteilungs- oder Bedarfs-

gerechtigkeit den globalen, demografischen und technischen Herausforderungen nicht mehr gewachsen seien. An deren Stelle müsse eine „neue Gerechtigkeit“ als formale Chancengleichheit, als Leistungs- und Marktgleichheit definiert werden.

Inwiefern bekräftigt die planetarische Umweltsolidarität im Gegensatz zu jener „Parteien-gerechtigkeit“ den Grundsatz gleicher Gerechtigkeit? Gleichheit heißt nicht: Identität. Zwillinge sind gleich, jedoch nicht identisch. Menschen sind gleich im Blick auf bestimmte Merkmale wie musische oder technische Begabung, Hautfarbe oder Geschlecht, während sie in vielen anderen Merkmalen voneinander abweichen. Es geht folglich um verhältnismäßige Gleichheit, etwa gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Was ist nun der Bezugspunkt des Gleichen und Ungleichen? In traditionellen Gesellschaften waren es die moralische Tugend, der gesellschaftliche Status, die Funktion oder Rolle, die jemandem zugeschrieben wurde. In modernen Gesellschaften hat sich diese Zuschreibung radikal verändert, einer kopernikanischen Wende vergleichbar. Der Bezugspunkt der Gleichheit ist nun das individuelle Subjekt, die mit Würde ausgestattete unverwechselbare Person. Die Mitglieder einer solchen Gesellschaft gestehen sich gegenseitig das gleiche Recht zu, als Gleiche anerkannt und behandelt zu werden. Oder alternativ und formal kann diese moralische Gleichheit als Recht auf Rechtfertigung ausgedrückt werden: Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind vor denen zu rechtfertigen, die am meisten davon betroffen sind – oder in der Sprache einer im christlichen Milieu vertrauten Option für die Armen: vor denen, die gesellschaftlich am wenigsten begünstigt sind.

3. Die Umweltfrage erweitert den Zeithorizont der Gerechtigkeit.

Der normative Grundsatz der ökologischen Verantwortung stellt die Gesellschaft unter den „langen Schatten der Zukunft“. Das moralisch Gebotene ist mit dem auf Dauer und im Ganzen wirtschaftlich Vernünftigen identisch. Wird ein solcher Zeithorizont als Maßstab des wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Handelns verbindlich anerkannt, ist eine radikale Konversion der Finanzsphäre, der Realwirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens unverzichtbar.

(1) Die derzeitige Stimmung in Deutschland nach und in der beispiellosen Finanzkrise lässt sich so beschreiben: „Wir sind noch mal davon gekommen“. Die Auftragsbücher der Unternehmen sind gefüllt. Nach dem dramatischen Wachstumseinbruch hat sich die deutsche Wirtschaft relativ schnell erholt. Die Zahl der Beschäftigten hat eine Rekordhöhe erreicht, die Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte steigen, das wirtschaftliche Wachstum wird nicht nur vom Export, sondern auch von den Investitionen und vom privaten Konsum getragen. Den Deutschen ging es noch nie so gut wie derzeit. Im Durchschnitt sind die Menschen reich an Gütern, aber arm an Zeit. Güterwohlstand und Zeitnotstand sind die zwei Seiten derselben Medaille. Das gesteigerte Lebenstempo ist an der Gehgeschwindigkeit der Passanten in den Fußgängerzonen großer Städte, an der Unruhe vor den Schaltern einer Bank, der Post oder der Bahn sowie an den Kassen der Supermärkte wahrnehmbar. Dem Diktat der Beschleunigung sind alle westlichen Gesellschaften ohne Rücksicht auf Geschlecht, Rang und Funktion ihrer Mitglieder unterworfen. Der mechanische Takt der Uhr, nicht die Ereignisse des Lebens bestimmen individuell und gesellschaftlich den Umgang mit der Zeit. Ein Redakteur der

Süddeutschen Zeitung hat das vergangene Jahr „das atemlose Jahr“ genannt. Welche Strukturen und Akteure sind die Ursache jener gnadenlosen Treibjagd nach der gestohlenen Zeit, an der sich nahezu alle beteiligen?

(2) Die virtuelle Zauberwelt der Finanzmärkte regt dazu an, sich ausschließlich an einem risikofiebrigen, kurzfristigen Zeithorizont zu orientieren. Während die Gütermärkte durch die Produktionsfaktoren Arbeit, technische Anlagen und Immobilien sowie die kaufkräftige Nachfrage real verankert sind, werden die Vermögensmärkte durch subjektive, in die Zukunft gerichtete Erwartungen gesteuert, die schrankenlos beschleunigt werden können. Die Finanzkennziffer des „shareholder value“ und das Auf und Ab der Börsenkurse sowie deren Flatterhaftigkeit spiegeln Gerüchte, wechselnde Stimmungslagen, Herdenverhalten und irrationalen Überschwang. In den Vorstandsetagen werden bereits mittags die Finanzströme des Tages im Vergleich zum Vortag, zur Vorwoche und zum Vormonat eingefordert - gegen 11 Uhr die erwarteten, gegen 14 Uhr die belastbaren Zahlen. Die Tendenz, auf eintreffende Informationen unmittelbar und hektisch zu reagieren, verhindert häufig ein abwägendes Urteil, das auf Grund verlässlicher Informationen und Rückfragen getroffen wird. „Es ist besser, ungefähr oder vorläufig Recht zu haben, als zu langsam zu sein“, lautet eine Regel von Wertpapierhändlern. Diese entscheiden im Hochfrequenzhandel auf Grund computergestützter Daten, deren Übermittlungsgeschwindigkeit Bruchteile von Sekunden beträgt. Die „Nanosekunde“, der milliardenste Teil einer Sekunde ist eine Zeiteinheit jenseits dessen, was der Mensch überhaupt begreifen kann. Aber von größerem Gewicht sind die programmierten Eingaben, die jene Reaktionen auslösen, mit denen in Sekundenschnelle auf extrem geringfügige Kursveränderungen reagiert wird. Diese Programme werden aus einer unüberschaubaren Menge kurzfristig verfügbarer Daten vergangener Tage, Wochen und Monate geschöpft. Sie berücksichtigen winzige Margen von Gewinnchancen und Verlustrisiken, die sich auf einzelne Finanzdienste, Finanzinstitute und Finanzplätze beziehen. Sie sind jedoch insensibel gegenüber System- und Totalrisiken, die vielleicht alle zehn Jahre oder im Abstand von 80 Jahren eintreten können.

(3) Die Dominanz der Finanzmärkte und die durch reine Finanztransaktionen erzielbaren Renditen werden zu Orientierungsmarken von Industrie- und Handelsunternehmen, die in der Realwirtschaft verankert sind. Eine reine Finanzkennziffer, nämlich der „shareholder value“, dessen Höhe kurzfristig durch flatterhafte Börsenkurse angezeigt wird, signalisiert den Unternehmenswert, nicht der langfristige Markterfolg, die Befriedigung der Kundenbedürfnisse und die Veredelung des Arbeitsvermögens der Belegschaft. Diese ausschließliche Ausrichtung der Firmen auf die kurzfristigen Interessen der Kapitaleigner führt zu einer Polarisierung der Beschäftigten zwischen Facharbeitern und Ungelernten, Stammbesellschaften und Leiharbeitern, Männern und Frauen. Zudem wurde die betriebliche Organisation der Arbeitszeit radikal verändert. Die so genannten „Arbeitskraftunternehmer“ gestalten – meist im Team – relativ autonom die Zeit ihres Arbeitseinsatzes. „Entscheidet wann, wo und wie ihr arbeiten wollt, aber haltet die Terminabsprachen ein, schreibt schwarze Zahlen, seid rentabel“, dies sind die einzigen unausgesprochenen Anweisungen der Vorgesetzten. Solche Arbeitsverhältnisse versprechen mehr Handlungs-, Wahl- und Entscheidungsfreiheit, mehr Zeitautonomie. Die Trennlinie von selbstbestimmter Zeit in der Lebenswelt und enteigneter Zeit in der Arbeitswelt

scheint aufgehoben. Die Folge einer solchen Arbeitsorganisation ist ein enormer Zeitdruck, der auf denen lastet, die trotz des stolzen Namens eines angeblichen Unternehmers der eigenen Arbeitskraft abhängig Beschäftigte bleiben. Er wird konkret erzeugt durch Zielvereinbarungen, die angeblich auf gleicher Augenhöhe stattfinden und lediglich das Arbeitsergebnis und den relativ engen Zeitrahmen festlegen. Damit tragen die abhängig Beschäftigten selbst das Vermarktungs- und Terminrisiko. Die alltägliche Lebensführung hat sich an die Interessen des Betriebs anzupassen. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind auch in ihrer Freizeit für die Teamleiter und diese für die Unternehmensleitung erreichbar und damit verfügbar, die Erwerbsarbeit dringt in die private Lebenssphäre ein. Die zeitliche Überformung des ganzen Lebens durch die Erwerbsarbeit und das schleichende Eindringen der Arbeitswelt in die private Lebenssphäre erhöhen die Neigung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, während des freien Wochenendes die dienstlichen e-mails zu lesen und zu bearbeiten, geschäftliche Telefonanrufe entgegen zu nehmen, beim Surfen im Internet die Mailbox im Büro abzuhören. Wer schützt die Arbeitskraftunternehmer vor sich selbst und ihrem krankhaften Arbeitsfieber?

(4) Der rechtliche Schutz des abhängig Beschäftigten und die Garantie verhandlungsstarker Gewerkschaften, die mit den Arbeitgebern flächendeckende Tarifverträge vereinbaren, ist die Aufgabe des Staates, der das allgemeine Interesse gegen die privaten Interessen der Wirtschaft zu gewährleisten hat. Aber die nationalen Regierungen haben sich mehr und mehr die Rolle kooperativer Geiseln der Großbanken, Versicherungskonzerne und Investmentfonds zu Eigen gemacht und sind von diesen erpressbar geworden. Zu Beginn des neuen Jahrhunderts erklärte der damalige Vorstandssprecher der Deutschen Bank in einem programmatischen Zeitungsartikel, dass die Finanzmärkte die 5. Gewalt in der Demokratie seien. Die millionenfachen täglichen Entscheidungen der Anleger würden den nationalen Regierungen klarer signalisieren, was vernünftige Politik sei, als die vierjährigen Parlamentswahlen, nämlich möglichst wenig Umverteilung organisieren, Löhne moderat steigen lassen, Abgaben und Steuern senken sowie die Macht der Gewerkschaften begrenzen. In der Folge haben die Regierungen, insbesondere die rot-grüne Koalition die solidarischen umlagefinanzierten Sicherungssysteme zugunsten einer kapitalgedeckten privaten Vorsorge und eines Megageschäfts der Finanzunternehmen deformiert und die Arbeitsverhältnisse entregelt. Die Gesetze zur Beschäftigungsförderung, zur Befristung, zur Leih- und Zeitarbeit sowie die Hartz IV-Regelungen haben das Sicherungsniveau tendenziell auf ein sozio-kulturelles Minimum abgesenkt, das Armutsrisiko erhöht, prekäre Beschäftigungsverhältnisse erzeugt und einen Niedriglohnsektor geschaffen, in dem Löhne gezahlt werden, die durch Sozialleistungen aufgestockt werden. Um Kernbelegschaften, deren Arbeitsverhältnisse unbefristet sind und angemessen entlohnt werden, ranken sich Randbelegschaften mit befristeten Arbeitsverträgen, Teilzeitarbeit, niedriger Entlohnung und unsicheren Zukunftsaussichten.

(5) Umweltverantwortung und soziale Gerechtigkeit unter den langen Schatten der Zukunft zu stellen, ist die politische Aufgabe des 21. Jahrhunderts. Deshalb gehen die bekannten Vorschläge einer globalen Finanzarchitektur in die Richtung einer Entschleunigung jener Entscheidungen, die bloß die kurzfristige Mikroperspektive im Blick haben. Anstatt sich von spekulativen Attacken der mit monetärer Macht ausgestatteten Großbanken, Versicherungskonzerne und Investmentfonds treiben zu lassen, sollten die politischen

Entscheidungsträger die hoheitliche Macht des Staates gegen private Kapitalinteressen behaupten. Das rasante Tempo computergestützter Finanzgeschäfte sollten sie entschleunigen. Dazu könnten eine rigorose öffentliche Aufsicht und Kontrolle aller Finanzunternehmen, -dienste und -plätze beitragen, eine höhere Eigenkapitalausstattung der Institute, die Deckelung explosiver Kreditgewährung, eine verschärfte Haftung auf verschiedenen Ebenen, das Verbot ungedeckter Leerverkäufe, eine Besteuerung monetärer Transaktionen, ein Trennbankensystem, die Zerschlagung jener Banken, die zu groß bzw. zu sehr vernetzt sind, als dass sie vom Staat gerettet bzw. fallen gelassen werden können, sowie ein öffentlicher Schulden- und gleichzeitiger privater Vermögensschnitt.

Anstelle einer kurzsichtigen Debatte um den Mindestlohn sollten die Regierenden die Institution der Tarifautonomie und insbesondere die Macht der Gewerkschaften stärken. Dadurch könnte mittelbar eines der schwerwiegendsten gesellschaftlichen Defizite behoben werden, nämlich die Perspektivlosigkeit von Jugendlichen nach mehr als 30 Jahren verfestigter Massenarbeitslosigkeit. Die Propaganda, dass Deutschland nach der Finanzkrise auf dem Weg der Vollbeschäftigung sei, dass überall Fachkräfte gesucht werden und die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze auf ein Rekordniveau gestiegen sei, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Paralleluniversum zur dualen Ausbildung, nämlich die Warteschleifen, in denen etwa 300 000 Jugendliche in Schulen, Vorbereitungskursen und Förderprojekten einer Ausbildung zugeleitet werden, weiterhin besteht, ohne dass für jeden Jugendliche ein Ausbildungsverhältnis zur Verfügung steht, das seinen Interessen und Fähigkeiten entspricht. Eine Regierung, die davon überzeugt ist, dass die kostbarste Ressource einer Gesellschaft das Arbeitsvermögen junger Menschen ist, wird alles daran setzen, dass diese Ressource nicht verschlissen, sondern den jungen Erwachsenen nach erfolgreicher Ausbildung ein unbefristetes Arbeitsverhältnis angeboten wird – an Stelle einer Folge von Praktikas, Probearbeit, Mini-Jobs, Teilzeitarbeit, Leiharbeit, prekärer Beschäftigung mit einem Lohn, der durch Sozialleistungen aufgestockt werden muss.

Anstelle der hektischen und kurzsichtigen politischen Reaktionen der „aufstockenden Sozialleistungen“, „Zuschuss-Renten“ und „Renten mit 67“ sollte jene öffentlich geförderte, teils privat teils tariflich umworbene private Altersvorsorge (Riester-Rente) widerrufen werden. Sie ist unter dem erpresserischen Druck der Finanzlobby gesetzlich beschlossen worden und kommt für viele praktisch einer gegenwärtigen Lohn- und zukünftigen Rentenkürzung gleich. Die Rückkehr ohne Abstriche zur solidarischen umlagefinanzierten Absicherung gesellschaftlicher Risiken treten ist unverzichtbar – etwa eine allgemeine Erwerbstätigenversicherung, die alle Trennwände der bestehenden Berufs- und Standesgruppen sprengt. Oder eine Form demokratisch-solidarischer Absicherung, die jede Person einschließt, deren Lebensmittelpunkt im Geltungsbereich des Grundgesetzes liegt, und alle Einkommen ohne Ausnahme und ohne Bemessungsgrenzen beitragspflichtig macht, die im Geltungsbereich des Grundgesetzes entstehen.

Umweltverantwortung und soziale Gerechtigkeit sind keine feindlichen Schwestern, die einander ausschließen. In einem globalen Zeithorizont, der den langen Schatten der Zukunft im Blick behält, werden sie einander ähnlich – zum Wohl aller Menschen auf diesem Planeten.